Roland Günter: Ruhrkampf 1978.
Wie ein mittelalterlicher Landesherr verschiebt die halbstaatliche VEBA Territorien - an Häuserspekulanten. Ein Bericht.

Die Arbeitersiedlung Mausegatt in Mülheim/Ruhr wird 1899 bis 1905 als Bergmannssiedlung für die Zeche Wiesche gebaut. Heute leben in ihr rund 1 400 Menschen.

Nach der Schliessung der Zeche gab es viele Frührentner. Viele Bewohner haben Steinstaub. Viele Frauen sind Witwen von Bergleuten, die an den Folgen des Steinstaubs starben. Ein grosser Teil der Bewohner arbeitet heute in der Metallindustrie.

1977 will die VEBA AG die Siedlung an den "Sozialen Wohnungsbau" Mülheim verkaufen. Die VEBA AG ist ein halbstaatlicher Konzern, der Soziale Wohnungsbau eine städtische Wohnungsgesellschaft. Letztere plant, die Wohnungen zunächst zu modernisieren - und zwar mit grösstem Aufwand, also in Form einer „Rausreiss-Modernisierung". Anschliessend sollen die Wohnungen einzeln an ihre Bewohner verkauft werden - zum Preis von 110 bis 130 000 DM je Wohneinheit. Dies ist eine Rekordmarke an Privatisierungspreis. Schlagartig bildet sich eine Bürgerinitiative der Arbeiter in der Siedlung. In dramatischen Auseinandersetzungen gelingt es ihr, die Mehrheitsfraktion im Stadtrat, die SPD, vom Kauf abzuschrecken: die Arbeiterinitiative macht ihr klar, dass dieser Spekulationfall einer städtischen Gesellschaft erhebliche politische Folgen auf Jahre hinaus haben würde.

In Verhandlungen mit der VEBA-Wohnungsbau AG, die die Siedlung fur die VEBA verwaltet, erfährt die Arbeiterinitiative Mausegatt nun vom Direktor Dr. Spier, dass die VEBA in jedem Falle die Siedlung privatisieren werde. Sie sei jedoch bereit, eine Frist von 10 Jahren zu gewähren, um einen vernünftigen Übergang

zu ermöglichen (Bausparkasse, Eigenkapitalbildung, u. a.).

Im Vertrauen auf diese Auskunft erarbeitet die Arbeiterinitiative nun eine soziale Übernahmelösung für die Siedlung: ein Genossenschaftsmodell. Es soll verhindern, dass finanzschwache Mieter, vor allem alte Leute, aus der Siedlung weichen müssen, wenn sie ihr Vorkaufsrecht nicht nutzen können. Der Anteil derer, die unter normalen Bedingungen ihre Wohnungen nicht erwerben können, liegt bei rund 8o Prozent der Bevölkerung. Ihre Vertreibung käme einer sozialen Katastrophe gleich. Die historische Ungerechtigkeit gegenüber den Ruhrgebietsarbeitern, vor allem gegenüber den Alten, die zwei Kriege und ihre Folgen erlitten, erhielte einen neuen Höhepunkt.
Die Arbeiterinitiative versucht nun, diese soziale Katastrophe zu verhindern, indem sie ein soziales Modell erarbeitet.

Niemals zuvor haben im Ruhrgebiet Arbeiter sorgfältiger und detaillierter eine komplizierte Lösung einer Existenzfrage erarbeitet. Sie erhalten dabei fachliche Unterstutzung von dem Stadtplanungsexperten Dipl. Ing. Bau-Ass. Jürgen Wolf (Intitut für Wohnen und Umwelt Darmstadt). Wochenlang tifteln Männer und Frauen, die tagsüber meist in harter Akkordarbeit stehen, abends und nachts an juristischen, finanziellen und praktischen Fragen der Genossenschaftsbildung. Sie erkundigen sich bei Behörden und weiteren Experten, überzeugen Skeptische unter den Bewohnern und üben sich in die komplizierte Materie so ein, dass sie sie selbst und mit vielen vertreten können.

Noch niemals im Ruhrgebiet haben Arbeiter auch den politischen Prozess so sorgfältig entwickelt wie für diese Aktion. Sie wenden sich an den heimischen FDP-Abgeordneten Hans Robertz und gewinnen ihn als politischen Vertreter des Genossenschaftsmodells im Landtag und beim zuständigen Fachministerium, dem Innenminister in Düsseldorf. Hans Robertz ist vor allem deshalb wichtig, weil er als Vorsitzender des Fachaussschusses im Parlament sowohl über Informationen wie über Einfluss verfügt. Er hat ein ausgezeichnetes Verhältnis zum Ressort-Minister Dr. Hirsch, vor allem deshalb, weil er ihm die Hausmacht in der FDP-Fraktion sichert. Mit Robertz finden nun fast wöchentlich Gespräche statt. Robertz interessiert den Minister und den wichtigen Abteilungsleiter im Ministerium, den FDP-Angehörigen Vollmer.

Nun lässt sich rekonstruieren, dass hinter den Kulissen ein Intrigenspiel beginnt, das jedem jungsozialistischen Vertreter der Stamokap-These einen glänzenden Beweis liefern würde. Die VEBA ändert ihren Plan: sie beginnt in aller Heimlichkeit, mit potenten Kaufinteressenten zu verhandeln. Die Arbeiterinitiative wird gleichzeitig in Sicherheit gewogen: VEBA-Direktor Dr. Spier bittet sie, auf Presse zu verzichten, um das Klima nich zu gefährden, und geduldig zu sein. Die Arbeiter sind gutmütig. Sie fühlen sich gesichert, während die VEBA längst hinter ihren Rücken den "Kaussen" sucht, mit dem sie da schmutzige Geschäft der Siedlungsspekulation weiterführen kann.

Die Initiative wird erst misstrauisch, als sich Dr. Spier bei einem Terminwunsch der Arbeiter mehrfach verleugnen läßt. Und dann erfährt der Mülheimer NRZ-Redakteur Meier, dass die VEBA mit einem Aufkäufer verhandelt.

Die Bewohner geraten in hellste Aufregung. Das Gerücht verdichtet sich und macht Schlagzeilen. Das Stadtparlament diskutiert darüber. Oberbürgermeister Dieter aus den Siepen schaltet sich mit dem Versprechen ein, sich für die Mausegatt-Arbeiter zu verwenden. Oberbürgermeister und Stadtrat erhalten von der VEBA die Zusage, man werde sie beteiligen - und sie glauben es.

Die Arbeiterinitiative verschickt 10 Tage vor Ostern in einer Grossaktion Warnbriefe an VEBA-Vorstand und VEBA-Aufsichtsrat sowie an viele Politiker. Denn inzwischen hat sie gehört, es gäbe Querbeziehungen zwischen dem VEBA-Vorstandsmitglied, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Josef Russe, und dem für das Genossenschaftsmodell zuständigen Referenten im Ministerium, Dr. Gahlen, der ebenfalls der CDU angehören soll. Russe, so erfahren die Mausegatt-Arbeiter von Mülheimer CDU-Ratsmitgliedern, habe sie bei einem vorhergehenden Gesuch zugunsten der Arbeiterinitiative bereits brüsk abfahren lassen. Die örtlichen CDU-Leute verstehen dies besonders deshalb nicht, weil Russe einer der Leute aus dem Umkreis von Hans Katzer sein soll, also auf Seiten der CDU-Sozialausschüsse

stehe - eine Annahme, die die Illusionen über die CDU-Sozialausschüsse beleuchtet. Husse, so hören die Mausegatt-Arbeiter, soll den Ministerialreferenten Dr. Gahlen veranlasst haben, das Genossenschaftsmodell zu hintertreiben.

Nun lässt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit Folgendes rekonstruieren: Dr. Gahlen findet eine Formalie, die für das Genossenschaftsmodell zu erfüllen ist; die Stadt Mülheim muss für die erbetene Deckung eines Defizits von rund 6 000 DM je Wohnung den Antrag stellen, das Projekt solle nach dem Städtebauförderungsgesetz behandelt werden. Auch die Initiative wusste das; sie versuchte jedoch mithilfe des Abgeordneten Robertz zunächst einmal den komplizierten Sachverhalt mit dem Ministerium zu erörtern um dann bei der Stadt Mülheim, die ihr wegen der vorhergehenden Aktion noch gram ist, bessere Chancen zu haben. Denn: falls das Ministerium Hilfe in Aussicht stellen würde, könnte die Stadt Mülheim schwerlich Nein sagen.

die „Macht im Hinterzimmer,"

Genau an dieser Stelle lässt der Ministerialrat, die Mausegatt-Arbeiter nun in die Falle laufen. Und dazu den Vorsitzenden des Landtagsausschusses Hans Robertz (FDP). Und seinen eigenen Minister. Dr. Gahlen schreibt einen Ablehnungsbrief. Offensichtlich gelingt es ihm, diesen Brief zur Unterschrift über den Schreibtisch des überlasteten Innenministers zu bringen.

Obwohl die VEBA offiziell nicht mit der Sache befasst ist, auch in die Verhandlungen niemals eingeschaltet wurde, sondern lediglich Kenntnis hatte, dass verhandelt wurde, erhält sie den Inhalt des Briefes - zumindestens Kenntnis seines genauen Textes. Der Kanal „Russe - Dr. Gahlen" scheint zu funktionieren.

Ehe der grosse Coup der VEBA geschildert wird, muss noch eine Anmerkung gemacht werden, die nochmals einen Hinweis darauf gibt, dass Dr. Gahlen das Genossenschaftsmodell der Mausegatt-Inititive offensichtlich hintertreibt: In der erörterten Formfrage ist es normalerweise üblich, dass die Ministerialbürokratie keineswegs formell reagiert; in der Regel macht sie einen Termin mit den Behörden und bespricht den Fall. Dann können sich alle mit ihren Anträgen entsprechend einrichten. [Ein solcher Termin findet nicht statt] Die Förmlichkeit des Verfahrens kann als ein höchst unfreundlicher Akt angesehen werden. Hinzu kommt, dass der Ausschuss-Vorsitzende erst nachträglich brieflich Kenntnis der Ablehnung erhielt. Das Verfahren ist formal korrekt - aber informell widerspricht es den gängigen Verhaltens[weisen der Ministerialbürokratie.] Unkorrekt ist, dass die VEBA mit der Nachricht bedient wird.

Die Ereignisse folgen nun Schlag auf Schlag.
Bevor die Arbeiterinititive einen weitere Anlauf im Ministerium mithilfe ihres Abgeordneten machen kann, schafft die VEBA Tatsachen, die eine ganz neue Situation schaffen: Dienstag vor Ostern verkauft sie die

[Das ist gut ausgerechnet: Politiker und viele Journalisten sind in Urlaub.

Komplette Arbeitersiedlung an einen Häusermakler namens Häusser KG in Bochum. Den Bewohnern flattert die "frohe Botschaft" genau zum Fest auf den Tisch: am Ostersamstagmorgen. [Die halbstaatliche VEBA hatte die Verträge unterschriftsreif in der Schublade gehabt und nur auf die offensichtlich über Hermann Josef Russe eingestellte formelle Ablehnung des Innenministers gewartet, um ihre Hände in Unschuld zu waschen. [... nachdem sich die Planung einer Übernahme durch eine Bewohnergenossenschaft als unrealistisch herausstellte.

[Gründonnerstags

[An diesem Tag geht der Brief an alle Bewohner ab. Sinngemäß heißt es in ihm:

Daraus konnte man lesen, der Minister habe die Sache entschieden.

Genauso überrascht und erbittert wie die Mausegatt-Arbeiterfamilien sind der überfahrene Landtagsabgeordnete Hans Robertz, das Mülheimer Stadtparlament in allen Fraktionen sowie der Oberbürgermeister. Letzterer fühlt sich ganz besonders beschwindelt; denn er hatte mit VEBA-Direktor Dr. Spier einen Termin für den Dienstag nach Ostern ausgemacht.

Die Arbeiterinitiative mobilisiert sofort Presse und Politiker. Am folgenden Sonnabend erscheint eine Fernsehsendung. Egon Fritzke: "Für mich ist der Dr. Spier kein Ehrenmann." Walter Schmidt: "Die Stadt muss uns jetzt helfen, sonst mauern wir das Rathaus zu." Lotte Maas: "Die VEBA hat uns betrogen."

Ausgerechnet ein halbstaatlicher Konzern hat sie alle hereingelegt: nicht nur die Bewohner, sondern auch den Stadtrat und den Ausschuss-Vorsitzenden des Landtages, Hans Robertz, ja sogar den Innenminister. Nun zahlte sich allerdings auch die naive Personalpolitik von Minister Dr. Hirsch aus: nachdem er allzu lange in der Frage der Arbeitersiedlungen dem abreissfreundlichen Referenten Dr. Küppers aufgesessen war, bis er ihn schliesslich ins Referat Kommunales Verwaltungsrecht abschob, liess er sich wiederum einen Referenten andienen, der ihn in der Wohnungsfrage hereinlegte, statt endlich an konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten.

[Problem-

Und es zeigt sich erneut, dass es naiver Glaube ist, an die Unabhängigkeit der Ministerial-Bürokratie von den Interessen grosser Konzerne zu glauben.
Bewohner: „Wie schade, dass die Jusos nicht die konkreten Fälle vorgezeigt haben. Sie hätten das Zusammenspiel von Kapital und Staat nicht als Gespenst einer Hochschultheorie an die Wand malen sollen, sondern als konkretes Ereignis, das Tausende von Menschen betrifft. Das hätten alle verstanden."

In der Woche nach dem Ereignis treffen sich die Vereinigten Arbeiterinitiativen des Ruhrgebietes in der Mausegattsiedlung zu ihrer alle vier Wochen stattfindenden Tagung.

Sie verurteilen den halbstaatlichen VEBA-Konzern scharf und fordern

- dass der Häuserspekulant, die Mausser KG Bochum, die Siedlung an die VEBA zurückgibt. Denn sie vermuten, dass der Vertrag ein Rücktrittsrecht beinhaltet, weil die Siedlung noch nicht im Grundbuch der Stadt Mülheim überschrieben ist.
- Sie fordern den Rücktritt des Landeswirtschaftsministers Graf Lambsdorf wegen fehlender sozialpolitischer Kontrolle des halbstaatlichen VEBA-Konzerns.
- Sie fordern ferner die Entlassung des VEBA-Direktors Dr. Spier. Die Mausegatt-Initiative fügt dem später noch die Entlassungsforderung für das VEBA-Vorstandsmitglied Hermann Josef Kusse (CDU-MdB) hinzu.
- Und: im Ministerium solle unverzüglich die Verhandlung über das Genossenschaftsmodell weitergehen.

Die Initiative Mausegatt probt nun die "Strategie Igel." Die Bewohner trainieren sich ins Abschrecken von kaufwilligen Interessenten für die Wohnungen ein. Bewohner: "Wer hier alte Leute vertreibt, verkürzt ihr Leben um viele Jahre. Er wird zum Mörder. Und das muss er wissen. Wir werden ihn dementsprechend ansehen." - "In dieser Siedlung wird einer, der die Existenz von Menschen aufs Spiel setzt, niemals warm werden. Die Gemeinschaft wird ihn immer verachten - mit Recht." - "Wir werden alle Möglichkeiten der Behinderung des Verkaufs organisieren. Und alle Möglichkeiten des Mieterschutzes ausschöpfen." - "Wer unsere Siedlung anpackt, muss wissen, dass er in einen Igel gefasst hat; er wird sich blutige Hände holen."

Wie sehr die Arbeitersiedlung unter die Geier der Spekulation geraten ist, zeigen die Tatsachen: Experten berechneten, dass die Siedlung bereits durch die Mieten der Bewohner seit Bestehen dreimal bezahlt worden ist. Jetzt macht die halbstaatliche VEBA mit Sicherheit ein dickes weiteres Geschäft gemacht. Der Aufkäufer muss nun zunächst 7 Prozent Grunderwerbssteuer und die Notargebühren auf den Tisch legen. Man vermutet, dass er - nach dem Kaussen-Prinzip - die Siedlung nur mit hohen Bankzinsen erwerben konnte; dies alles aber kann von der bisherigen Miete der Bewohner nicht finanziert werden. Da ihre Miete bereits an der Obergrenze des Mietspiegels liegt, ist die drohende Mieterhöhung nicht leicht durchsetzbar. Die Strategie des Spekulanten muss daher unausweichlich auf den spekulativen Verkauf der Arbeiterhauser zu einem hohen Marktpreis zielen.

Die erste Ankündigung ist bereits auf dem Tisch. Der Spekulant schreibt den Mietern: wer kaufen will, kann mit ihm verhandeln. Zur gleichen Zeit erscheinen in den Ruhrgebietszeitungen Kleinanzeigen des Spekulanten und anderer Maklerfirmen, die den Raubzug offenkundig machen: Gesucht und verkauft werden Wohnungen in Arbeitersiedlungen.

Bewohner: "Das ist wie im finstersten Mittelalter, als die Fürsten ihr Land untereinander verschacherten und mit den Existenzen der Bauern spielten. Jetzt sind wir Arbeiter dran." - "Ausgerechnet ein halbstaatlicher Konzern macht einen Vorreiter für diesen Raubzug der Spekulanten." - "Es gibt nicht nur einen Kaussen, sondern viele. Die halb-

staatliche VEBA gehört dazu. Was sie gemacht hat, ist finstere Spekulation mit uns." - "Wie kann der Staat seine Hand für diese mittelalterlichen Schachermethoden geben?" - "Das Aufsichtsratsmitglied der VEBA, der IG Bergbau-Vorsitzende und Vorsitzende im Fraktionsvorstand der Bundestags-SPD, Adolf Schmidt, soll Farbe bekennen, ob er uns Arbeiter mit hereinlegen will oder uns hilft."
Heinrich Bölls Wort von der „zweiten Heimatvertreibung aus Profitgier" kursiert.

Der Skandal wird sich mit Sicherheit ausweiten. Denn: man hört bereits, dass die VEBA weitere Verkaufsaktionen plant. Und auch andere Grossgrundbesitzer im Ruhrgebiet stehen bereit. Wenn die VEBA Erfolg hat, wird ausgerechnet ein halbstaatlicher Konzern den Startschuss für einen Ausverkauf mit Existenzvernichtungen grössten Ausmasses geben. Denn in den 2 400 Arbeitersiedlungen an Ruhr und Emscher wohnen rund 1 Million Menschen, soviel wie in Gross-Hamburg oder ganz Köln. 80 Prozent von ihnen sind zu finanzschwach, um ihre Wohnungen zu kaufen. In den Startlöchern steht eine große Anzahl von Aufkäufern, die soviel Geld haben, dass sie mit Altbauten ihr "Schnäppchen" machen. Denn die Arbeiterhäuser sind auch bei Spekulationspreisen immer noch billiger als Neubauten
- aber eben nicht für 80 Prozent ihrer Bewohner.

Für die Vereinigten Arbeiterinitiativen ist die Genossenschaftsplanung der Mausegatt-Initiative ein Prüfstein. "Wir als Arbeiter haben mit diesem Staat nie gute Erfahrungen gemacht. Aber wir wollten es nochmals probieren." Innenminister Dr. Hirsch und der

Ausschussvorsitzende des Landtags Hans Robertz wurden von der Initiative gemahnt: „Wenn dieses Experiment einer Zusammenarbeit mit staatlichen Instanzen schief geht, dann ist es der Beweis dafür, dass Arbeiter, auch wenn sie in der sorgfältigsten Weise Problemlösungen entwickeln, in diesem Staat auf keinerlei Kooperationsbreitschaf hoffen können."

In den Vereinigten Arbeiter-Initiativen des Ruhrgebietes ist die Erregung nun gross. Die Stimmen mehren sich, die sagen: „Von diesem Staat haben wir nicht, aber auch gar nichts zu erwarten, und wenn wir uns auf den Kopf stellen." Und: „Die Parteien sind insgesamt konservativ und haben längst die Grosse Koalition gegen den kleinen Mann geschlossen." Die Initiativen diskutieren bereits eine Stimmenthaltungsstrategie der Arbeiter – was die SPD, von der sie sich verlassen fühlen, in die Opposition bringen könnte. Oder: aktive Propaganda unter Arbeitern für eventuelle „grüne Listen".

Dass das Vertrauen der Ruhrgebietsarbeiter in die SPD, die der Wohnungsfrage bisher nahezu untätig gegenüberstand, ausserordentlich gesunken ist, hat sich bis in den Bonner Partei-Vorstand herumgesprochen. Bereits 1977 trafen sich der für Kommunalpolitik zuständige Bremer Burgermeister Hans Koschnik und Bundesbauminister Ravens mit einem der Initiativen-Berater, Prof. Dr. Roland Günter und dem Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes

der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Dr. Horst Zillessen, 2 1/2 Stunden im Bundeshaus. Neben der Wohnungsfrage wünschten die SPD-Führer ausdrücklich Informationen darüber, warum es zwischen Arbeitern und SPD eine Vertrauenskrise gäbe. Sie erhielten sie.

Kurz darauf teilte der Landesvorstand NW den Bonner Genossen jedoch mit, es gäbe kein Problem mit Arbeitersiedlungen; einige wenige Fälle würden positiv gelost. Und der Parteivorstand bat Prof. Dr. Roland Günter, die Entscheidung, nichts tun zu können, "solidarisch hinzunehmen" und"keine neue Unruhe zu machen".

Im Widerspruch zum Landesvorstand hatte im Vorjahr die SPD-Landtagsfraktion die Regierung aufgefordert, die Arbeitersiedlungen zu erhalten. Wozu - wenn es das Problem gar nicht gab? Freilich höhnten hernach die CDU und selbst der Koalitionspartner FDP, die Fraktionsentschliessung der Genossen sei blanker Wahlkampftrug gewesen. Die Arbeiterinitiativen nach Verrauschen des Wahlkampfdonners: "Wir sind reingelegt worden." Tatsächlich hatte die SPD-Fraktion die Entschliessung nicht einmal im Ausschuss auf die Tagesordnung setzen lassen. Und das Kabinett befasste sich ebenfalls nicht mit ihr. So werden an Rhein und Ruhr die Existenzprobleme von einer Million Menschen gelöst. "Die haben aus der Kohlenkrise nichts gelernt," sagen die Initiativen.